



Gewerkschaft der Polizei

www.gdp-saarland.de

Kaiserstr. 258 * 66133 Saarbrücken

Tel.: 0681 84124 10, Fax: - 15

Email: gdp-saarland@gdp-online.de

„Jamaika-Koalitionsvertrag“:

In der Innenpolitik Licht und Schatten

Aus Sicht der Gewerkschaft der Polizei, Landesbezirk Saarland (GdP), in der 65 % aller saarländischen Polizeibeschäftigten vertreten sind, enthält der heute unterzeichnete „Jamaika-Koalitionsvertrag“ von CDU, FDP und den Grünen an der Saar sicherheitspolitisch und polizeispezifisch viel Licht, aber auch viel Schatten.

Positiv wertet die GdP etwa die Aussagen zu Personal- und Sachausstattung sowie den Strukturen in der saarländischen Polizei. So sollen sich die Einstellungszahlen an den Ruhestandsversetzungen der nächsten Jahre, am Aufgabenzuwachs und der demographischen Entwicklung orientieren. Auch die Entlastung von polizeifremden Tätigkeiten, insbesondere durch die Einstellung von externen Fachkräften, erfüllt jahrelange Forderungen der GdP. Maßnahmen zum Abbau des Überstundenberges, in dem zur Zeit immerhin über 230.000 Überstunden angehäuft sind, können für eine Verbesserung in der Personaleinsatzplanung sorgen.

Hugo Müller, GdP-Landesvorsitzender erklärt hierzu: „Wir begrüßen sehr, dass die Koalition ein klares Bekenntnis zur Handlungsfähigkeit der saarländischen Polizei formuliert. Der angestrebte Erhalt der Polizeipräsenz in der Fläche ist nur durch ausreichenden Personalerersatz zu gewährleisten. Die Verabredung, Einstellungszahlen an Ruhestandsversetzungen und Aufgabenzuwachs zu orientieren, ist mit die entscheidende Aussage überhaupt. Im Schnitt der kommenden zehn Jahre haben wir Ruhestandsversetzungsraten von 150 Beamtinnen und Beamten im Jahr. Also gehen wir jetzt davon aus, dass ab dem Jahre 2010 mindestens 150 Kommissaranwärterinnen und –anwärter jährlich neu eingestellt werden.“

Leider gibt es dann im Bereich der Sicherheitspolitik doch viel Schatten. Nachdem die politisch Verantwortlichen in den vergangenen Jahren auch den kritischen Zeitgeistern mit

Überzeugung und Nachdruck die Notwendigkeit diverser neuer Eingriffsbefugnisse im saarländischen Polizeigesetz (SPoIG) erklärt haben, werden diese Notwendigkeiten jetzt ohne die gebotene intensive Fach- und Sachdebatte, etwa mit der Polizei, den Kommunen, dem Städte- und Gemeindetag oder den Gewerkschaften und Berufsvertretungen, einfach so aufgegeben. Dies gilt etwa für den Verzicht auf eine gesetzliche Grundlage zur präventiven Online-Durchsuchung, die Streichung der Befugnis zur automatisierten Kennzeichenerfassung, die Prüfung der Befugnisse zur ED-Behandlung von Kindern im SPoIG, die Abschaffung der präventiven Telekommunikationsüberwachung in der derzeitigen Ausgestaltung sowie die Abschaffung der Befugnis zur Videoüberwachung durch die Ortspolizeibehörden im öffentlichen Raum, und dies nicht nur bzgl. der Regeln im Polizeigesetz, sondern auch im saarländischen Datenschutzgesetz.

Hugo Müller weiter: „Wir reden im Zusammenhang mit dem Polizeigesetz nicht nur über die Abwehr einfacher Gefahren im alltäglichen Leben, sondern auch über die vorbeugende Bekämpfung schwerwiegender Verbrechen, etwa im Bereich der organisierten Kriminalität, der Kinderpornographie oder des Terrorismus. Diese Deliktsfelder gibt es, wie die Vergangenheit bewiesen hat, leider auch im Saarland. Es ist aus unserer Sicht daher nicht in Ordnung, wenn jetzt, ohne das Fach- und Sachverständnis der Sicherheitsbehörden umfassend zu erfragen, diese und jene Befugnis auf dem Altar der Koalitionsverhandlungen geopfert werden. Was von Seiten der FDP mit großem Stolz als die liberalste Koalitionsvereinbarung der Republik bezeichnet wird, kann sich sehr schnell zum sicherheitspolitischen Fiasko entwickeln“.

Der Landesvorstand